



Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg

Riedingerstraße 40 – 86153 Augsburg

**Übernahme, Sortierung und Verwertung von
den Elektrogroßgeräten (SG 4)
der Wertstoff- und Servicepunkte der Stadt
Augsburg**

Besondere Vertragsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

1. Leistungsgegenstand	3
2. Auftraggeber	3
3. Mengenabschätzung	4
4. Allgemeine Leistungspflichten	4
4.1. Leistungen des Auftraggebers	4
4.2. Leistungen des Auftragnehmers	4
4.3. Leistungsstörungen und Informationspflicht	7
4.4. Loyalitätspflicht	8
4.5. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis	8
4.6. Qualität und Verbesserungen	9
5. Allgemeine Anforderungen	9
5.1. Anforderungen an das eingesetzte Personal	9
5.2. Änderung der Leistung	9
5.3. Verantwortungsbereich	10
5.4. Unterauftragnehmer	10
6. Spezielle Anforderungen an den Auftragnehmer	11
6.1. Verwiegung	11
6.2. Reklamationen	12
6.3. Verwertung	13
7. Vertragszeitraum, Kündigung	13
7.1. Zeitraum	13
7.2. Kündigung	14
8. Dokumentation & Nachweisführung	14
9. Abtretungsverbot, Aufrechnung	15

1. Leistungsgegenstand

Leistungsgegenstand ist die Übernahme, Sortierung und ordnungsgemäße und rechtskonforme Verwertung von Großgeräten gemäß dem Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (kurz ElektroG) aus der Stadt Augsburg.

Bei den zu übernehmenden Abfällen handelt es sich um gemischte Elektroaltgeräte der Sammelgruppe 4 (Großgeräte) im Sinne des ElektroG, inklusive Geräten mit und ohne gefährliche Bestandteile.

2. Auftraggeber

Die kreisfreie Stadt Augsburg liegt im Südwesten des Bundeslandes Bayern in der Bundesrepublik Deutschland und umfasst eine Fläche von ca. 147 km². Sie ist über die Bundesautobahn A 8 sowie über die Bundesstraßen B 2, B 17 und B 300 an das bundesdeutsche Straßennetz angebunden.

Zum Stichtag 31.12.2025 lebten 308.407 Einwohner in der Stadt Augsburg. Weitere Informationen zur Stadt Augsburg und zur Abfallwirtschaft sind unter www.augsburg.de bzw. aws.augsburg.de zu finden.

Der Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg (aws) ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE, § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG) u. a. für die gesamte Abfallwirtschaft in der Stadt Augsburg zuständig.

Der Auftraggeber hat die Sammelgruppe 4 nach § 14 Abs. 5 ElektroG gemäß § 25 Abs. 1 Satz 3 ElektroG von der Bereitstellungsverpflichtung an die Stiftung Elektroaltgeräteregister (ear) ausgenommen.

Die Stadt Augsburg hat zur Erfassung von Elektroschrott verschiedene Systeme eingerichtet:

- Ein Holsystem im Rahmen der Sperrmüllabfuhr. Diese Mengen werden den Wertstoffhof- und Servicepunkten angedient und sortenrein nach Sammelgruppen erfasst. Die Einsammlung erfolgt im Eigenbetrieb. Die Bereitstellung der Mengen, an den Auftragnehmer, erfolgt in Abrollbehältern. Die der Auftragnehmer stellen muss.
- Ein Bringsystem über derzeit 4 Wertstoff- und Servicepunkte der Stadt Augsburg. Diese Mengen werden sortenrein nach Sammelgruppen erfasst. Die Bereitstellung der Mengen, an den Auftragnehmer, erfolgt in vom Auftragnehmer gestellten Abrollbehältern.

Die Stadt Augsburg beabsichtigt Dritte gemäß § 22 Abs. 1 KrWG mit der Übernahme, Sortierung und der Verwertung von Elektroschrott der Stadt Augsburg zu beauftragen.

3. Mengenabschätzung

Eine mögliche Schwankung der Mengen kann nicht ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber kann keine Garantie für die Lieferung der Mengen übernehmen.

Jahr	2021	2022	2023	2024	2025
Menge in Tonnen	723	667	650	718	735

Es wird darauf hingewiesen, dass der Mengenanfall sowohl saisonalen als auch kurzfristigen (tagesbezogenen) Mengenschwankungen unterworfen ist. Auch der Mengenanfall im Laufe eines Arbeitstages selbst kann nicht fest vorhergesagt werden. Diese Schwankungen werden sich fortsetzen, wobei die Ausprägung der Schwankungen sowohl saisonal als auch tagesbezogen in Abhängigkeit von vielen Faktoren (Ferien, Feiertage, sonstige Sammlungen, Konjunktur) nicht vorhergesehen werden kann. Auch kann nicht gewährleistet werden, dass die prognostizierten Jahresmengen über die Vertragslaufzeit stets erreicht werden.

4. Allgemeine Leistungspflichten

4.1. Leistungen des Auftraggebers

Der Auftraggeber trägt im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu bei, dass die zu übernehmende Sammelgruppe 4 möglichst satzungsgemäß und sortenrein, d.h. möglichst ohne Störstoffe, erfasst wird. Eine Garantie für eine vollständige satzungsgemäße und sortenreine Bereitstellung kann vom Auftraggeber nicht übernommen werden.

4.2. Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer ist für die Containerstellung auf den Wertstoffhöfen verantwortlich. Er stellt die für die Erfassung der gemischten Elektroaltgeräte der Sammelgruppe 4 (inklusive Geräte mit und ohne gefährliche Bestandteile) erforderlichen Abrollbehälter auf eigene Kosten bereit und hält diese während der gesamten Vertragslaufzeit in ausreichender Anzahl und in betriebsfähigem Zustand vor. Der Austausch eines vollen Containers gegen einen leeren Container durch den Auftragnehmer hat spätestens innerhalb von 3 Werktagen nach Mitteilung durch den Auftraggeber zu erfolgen. Sämtliche vom Auftragnehmer gestellten Abrollbehälter müssen zum Zeitpunkt der Bereitstellung sowie während der

gesamten Standzeit auf den Wertstoff- und Servicepunkten über eine gültige Prüfung nach den geltenden Unfallverhütungsvorschriften (UVV-Prüfung) verfügen. Der Auftragnehmer hat den gültigen Prüfnachweis auf Verlangen des Auftraggebers jederzeit vorzulegen.

Die sortenrein erfasste Sammelgruppe 4 aus den Wertstoffhöfen ist vom Auftragnehmer nach schriftlicher Mitteilung des Auftraggebers innerhalb von 72 Stunden ab Auftragserteilung abzuholen.

Die Abholung der Behälter kann ausschließlich während der Öffnungszeiten des jeweiligen Wertstoffhofes erfolgen. Eine Abholung außerhalb dieser Zeiten ist ausgeschlossen.

Die Erfassung erfolgt in vom Auftragnehmer gestellten Abrollbehältern gemäß den vorstehenden Regelungen.

Folgende Wertstoffhöfe sind derzeit im Stadtgebiet Augsburg mit der Sammlung der Sammelgruppe 4 betraut:

Name	Anschrift	Öffnungszeiten	Container für SG 4
Wertstoff- und Servicepunkt Süd	Unterer Talweg 89 86179 Augsburg	Mo: geschlossen Di: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Mi: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Do: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 18:00 Uhr Fr: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Sa: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr	2x38m ³ Abrollcontainer mit Deckel
Wertstoff- und Servicepunkt Nord	Holzweg 32 86156 Augsburg	Mo: geschlossen Di: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Mi: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Do: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 18:00 Uhr Fr: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Sa: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr	2x38m ³ Abrollcontainer mit Deckel

Wertstoff- und Servicepunkt Ost	Johannes-Haag-Str. 29 86156 Augsburg	Mo: geschlossen Di: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Mi: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Do: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 18:00 Uhr Fr: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr Sa: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 15:00 Uhr	2x38m ³ Abrollcontainer mit Deckel
Deponie Augsburg-Nord	Oberer Auweg 11 86169 Augsburg	Mo: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr Di: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr Mi: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr Do: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr Fr: 08:00 – 12:00 Uhr 13:00 – 16:00 Uhr Sa: 09:00 – 12:00 Uhr	2x38m ³ Abrollcontainer mit Deckel
AVA Abfallverwertung Augsburg KU	Am Mittleren Moos 60 86167 Augsburg	Mo: geschlossen Die: 08:00-12:00 Uhr 13:00-17:00 Uhr Mi: 08:00-12:00 Uhr 13:00-17:00 Uhr Do: 08:00-12:00 Uhr 13:00-18:00 Uhr Fr: 08:00-12:00 Uhr	2x38m ³ Abrollcontainer mit Deckel

Die Abrollbehälter sind auf geeichten Fahrzeugwagen zu verwiegen (siehe Punkt 7.2.).

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei allen im Zusammenhang mit diesem Vertrag durchzuführenden Maßnahmen eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt sicherzustellen und sämtliche Rechtsnormen, die auf die vertragsgegenständlichen Leistungen anzuwenden sind einschließlich untergesetzlichen Regelwerken sowie behördlichen Bestimmungen und Auflagen in ihrer jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Sämtliche Rechtsnormen, die auf die ausgeschriebene Leistung anzuwenden sind, insbesondere das Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG) nebst untergesetzlichen Regelwerken wie z.B. LAGA Mitteilungen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nebst untergesetzlichem Regelwerk, das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG), und die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Augsburg, sind in ihrer jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Im Rahmen des Vertragsverhältnisses ist der Auftraggeber in begründeten Einzelfällen befugt, dem Auftragnehmer oder seinen Mitarbeitern ergänzende Anweisungen zu erteilen, die Priorität vor den Regelungen der Abfallwirtschaftssatzung haben. Die Anweisungen dürfen für den Auftragnehmer nicht unzumutbar sein.

Der Auftragnehmer hat sämtliche für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Etwaige behördliche, insbesondere umweltrechtliche Bestimmungen und Auflagen sind zu beachten. Ferner zu beachten sind Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen Regeln. Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, sicherheitsrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, beim Umgang mit den im Rahmen dieses Vertrags erhaltenen Informationen und Daten die geltenden Bestimmungen bzgl. des Datenschutzes einschließlich der EU-DSGVO zu beachten.

Alle für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung erforderlichen behördlichen Genehmigungen sind vom Auftragnehmer zu erwirken und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Zudem hat der Auftragnehmer die jeweiligen genehmigungsrechtlichen Anforderungen inkl. aller Nebenaufgaben für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen einzuhalten bzw. ihnen nachzukommen. Er überprüft seine Leistungserbringung und die der von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer laufend auf Übereinstimmung mit den rechtlichen Grundlagen und Anforderungen sowie der Genehmigungslage. Ergeben sich in diesen Bereichen Änderungen oder zeichnen sich Änderungen ab, so informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich darüber und weist auf mögliche Auswirkungen hin.

Die Einrichtungen und technischen Mittel zur Erbringung der angebotenen Dienstleistung (z.B. Übernahmestelle, Anlage(n), Fahrzeuge etc.) müssen dem jeweils aktuellen Stand der Technik entsprechen und dementsprechend betrieben werden.

4.3. Leistungsstörungen und Informationspflicht

Störungen, die dazu führen, dass die Leistungen durch den Auftragnehmer nicht ordnungsgemäß und/oder rechtzeitig erbracht werden können, sind dem Auftraggeber unabhängig von Art und Ursache unverzüglich und unaufgefordert schriftlich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Insbesondere muss jederzeit vom Auftragnehmer gewährleistet werden, dass der Auftraggeber die anfallenden Mengen an einer geeigneten Übergabestelle/Umschlagsplatz anliefern kann. Über die betreffenden Maßnahmen ist der Auftraggeber ebenfalls schriftlich und unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z. B. technische und sonstige Störungen, Unfälle usw. unverzüglich zu informieren. Der Auftragnehmer hat insbesondere Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, unverzüglich mündlich und innerhalb von zwei Werktagen noch einmal schriftlich mitzuteilen.

4.4. Loyalitätspflicht

Die Vertragspartner verpflichten sich zur kooperativen Zusammenarbeit.

Veröffentlichungen in öffentlich zugänglichen Medien über die vertragsgegenständlichen Leistungen sind nur durch den Auftraggeber nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer möglich. Siehe hierzu auch Ziffer 7.4 Verwertung.

4.5. Kontrollrecht und Weisungsbefugnis

Der Auftraggeber oder ein vom ihm beauftragter Dritter ist befugt, die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zu überwachen. Dem Auftraggeber bzw. dem beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers zu betreten und zu besichtigen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Anfrage alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen. Dabei ist vom Auftragnehmer auch Einsicht in Dokumente im Zusammenhang mit der Leistungserbringung zu gewähren (z. B. Betriebstagebuch).

Der Auftraggeber darf dem Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages die zur Vertragserfüllung notwendigen Weisungen erteilen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese schriftlich festzulegen. Bei Eilbedürftigkeit reicht zunächst eine mündliche Anordnung aus. Diese ist jedoch innerhalb einer Woche schriftlich zu bestätigen.

4.6. Qualität und Verbesserungen

Die Parteien verpflichten sich zu einem halbjährlichen Abstimmungsgespräch, um etwaige Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten zu besprechen. Im Ergebnis werden konkrete Zielvereinbarungen zur ständigen Verbesserung der Leistung getroffen. Die Vereinbarungen und deren Durchführung werden Bestandteil des geschlossenen Vertrages und sind zu protokollieren.

5. Allgemeine Anforderungen

Der Auftraggeber steht – bedingt durch den öffentlichen Auftrag „Sicherstellung der Abfallentsorgung“ – permanent im Lichte der Öffentlichkeit. Ziel des Auftraggebers ist es, alle Aufgaben auf qualitativ hohem Niveau abzuwickeln. Dies gilt auch für den Auftragnehmer. In diesem Sinne bemühen sich beide Seiten um ein gutes Gesamterscheinungsbild in der Öffentlichkeit. Sie vertreten gemeinsam die jeweils gültige Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers und vermeiden alles, was geeignet ist, das Ansehen des jeweils anderen Vertragspartners zu schädigen. Meinungsverschiedenheiten werden durch interne Abstimmung beseitigt.

5.1. Anforderungen an das eingesetzte Personal

Der Auftragnehmer benennt spätestens zwei Wochen vor Leistungsbeginn für die Laufzeit des Vertrages einen verantwortlichen Ansprechpartner mit selbständiger Entscheidungsgewalt. Der verantwortliche Ansprechpartner des Auftragnehmers muss zu üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar sein. Der Ansprechpartner muss ferner insoweit befugt sein, dass Beschwerden und Nachfragen aufgenommen und unverzüglich abgearbeitet werden bzw. für Abhilfe gesorgt wird. Änderungen, Personalwechsel o.ä. in Bezug auf den Ansprechpartner sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, neues Personal vor dem ersten Einsatz und vorhandenes Personal in regelmäßigen Abständen (mindestens einmal jährlich) zu schulen. Inhalt der Schulungen sind die wesentlichen Vorgaben zur Leistungserbringung dieses Vertrags. Die Schulungen sind zu dokumentieren und durch Unterschrift der Teilnehmer zu bestätigen. Auf Verlangen ist diese Dokumentation dem Auftraggeber vorzulegen.

5.2. Änderung der Leistung

Es gilt § 2 VOL/B mit der Maßgabe, dass der Auftraggeber unter den dort genannten Voraussetzungen auch solche Leistungsänderungen verlangen kann, die sich nicht auf die Beschaffenheit der Leistung beziehen. Dies gilt insbesondere

für den Fall, dass sich die einschlägigen abfallrechtlichen Bestimmungen und Gesetze oder die Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers ändern. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer so bald als möglich auf geplante Änderungen hinweisen.

Werden durch vom Auftraggeber geforderte Leistungsänderungen die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten zu vereinbaren; diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen (§ 2 Nr. 3 VOL/B).

Können sich die Parteien nicht auf eine nach den vorstehenden Bestimmungen vorzunehmende Anpassung der Vergütung einigen, kann jede Partei eine Klärung durch das zuständige Gericht herbeiführen lassen. Ein Leistungsverweigerungsrecht kann nicht auf eine noch nicht erfolgte Einigung gestützt werden.

5.3. Verantwortungsbereich

Der Auftragnehmer hat die vertraglich geschuldeten Leistungen in eigener Verantwortung zu erbringen.

Die Nutzung von Straßen, Wegen, Zufahrten usw. sowie der Transport der Abfälle auf öffentlichen Straßen und innerhalb von Entsorgungs- oder Verwertungsanlagen erfolgt in eigener Verantwortung und auf eigene Gefahr des Auftragnehmers.

Der vom Auftragnehmer zu übernehmenden Abfälle gehen mit Beginn des Entladevorgangs auf dem Gelände des Umschlagsplatzes/Übernahmestelle des Auftragnehmers in den Verantwortungsbereich des Auftragnehmers über. Damit geht auch die Gefahr mit Beginn des Entladevorgangs auf den Auftragnehmer über. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

5.4. Unterauftragnehmer

Mit Ausnahme der im Angebot angegebenen Teilleistungen von Unterauftragnehmern darf der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers die Verpflichtungen aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist auch erforderlich bei einer Weitervergabe von unwesentlichen Teilleistungen oder von Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet sein sollte. Unterauftragnehmer können nur mit Zustimmung des Auftraggebers gewechselt werden. Ein Unterauftragnehmer ist ohne Zustimmung des Auftraggebers ferner nicht berechtigt, Verpflichtungen aus seiner Beauftragung ganz oder teilweise an weitere Unterauftragnehmer zu übertragen.

Der Bieter hat bei der Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer sicherzustellen, dass

- die Anforderungen dieses Vertrages, insbesondere die Anforderungen an die Übernahme und Verwertung des Elektroschrotts, eingehalten werden;
- bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge nach Gesichtspunkten des Wettbewerbs verfahren wird und dabei kleine und mittlere Unternehmen nicht benachteiligt werden. Die Vorgaben in § 97 GWB sind einzuhalten;
- der Unterauftragnehmer davon in Kenntnis gesetzt wird, dass seine Leistung der Erfüllung eines öffentlichen Auftrags dient.

Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen die geeignet im Sinne der §§ 122 und 128 GWB sind. Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name und Anschrift des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers in Textform bekannt zu geben. Sollen Leistungen, die Unterauftragnehmern übertragen sind, weiter vergeben werden, ist dies dem Auftraggeber vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben. Die vorstehenden Sätze gelten entsprechend.

Auch im Fall der Zustimmung durch den Auftraggeber haftet der Auftragnehmer in vollem Umfang für die Leistung und Tätigkeit des Unterauftragnehmers und hält den Auftraggeber insoweit von allen Ansprüchen Dritter frei.

Überträgt der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistungen im eigenen Betrieb setzen und erklären, dass er ihm nach ergebnislosem Ablauf der Frist den Auftrag entzieht.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

6. Spezielle Anforderungen an den Auftragnehmer

6.1. Verwiegung

Die abgeholten Mengen der Sammelgruppe 4 der Wertstoffhöfe sind beim Auftragnehmer zu verwiegen.

Die Verwiegung muss am Tag der Abholung vom Wertstoff erfolgen. Eine Entleerung bzw. Um-Leerung des Behälterinhaltes ist ohne vorherige Verwiegung nicht zulässig. Eine (kurze) Zwischenlagerung obliegt dem Auftragnehmer, jedoch

ist eine sofortige Verwiegung am Abholtag zwingend. Der Auftraggeber behält sich die Kontrollverwiegung vor.

Desweiteren sind die aussortierten Mengen, nach der Sortierung, ordnungsgemäß zu verwiegen, spätestens jedoch bei der Abholung zur Verwertung.

Die angelieferten und abgeholt Abfälle sind vom Auftragnehmer unmittelbar vor und nach dem Entladen auf einer geeichten Fahrzeugwaage mit einer Einfahrts- und Ausfahrtsverwiegung zu verwiegen. Eine „Einmalverwiegung“ mit einem hinterlegten Leergewicht ist nicht zulässig. Bei einem Ausfall der Waagen-EDV sind handschriftliche ausgestellte Wiegescheine an die Fahrer zu übergeben, falls vom Ausfall nur der Ausdruck von Wiegescheinen, nicht aber die Anzeige des Gewichts betroffen ist. Lässt sich das Gewicht nicht mehr anzeigen, hat der Auftragnehmer für eine anderweitige Verwiegung zu sorgen. Falls es hierfür einer Umleitung der Entsorgungsfahrzeuge bedarf, setzt sich der Auftragnehmer hierüber zwecks Abstimmung mit dem Auftraggeber umgehend in Verbindung.

Die vom Auftragnehmer auszustellenden Wiegescheine müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name der als Übergabestelle/Umschlagplatz vorgesehenen Anlage
- Datum und Uhrzeit der Ein- und Ausgangsverwiegung
- Wiegescheinnummer
- Kennzeichen des Entsorgungsfahrzeuges
- Bezeichnung des Abfalls/Fraktion inkl. AVV Schlüssel
- Brutto, Tara und Nettogewicht
- Herkunftsstellen des Abfalls/Fraktion
 - 02 Wertstoff- und Servicepunkt Deponie (Oberer Auweg)
 - 03 Wertstoff- und Servicepunkt Ost (Johannes-Haag-Straße)
 - 06 Wertstoff- und Servicepunkt Süd (Oberer Talweg)
 - 07 Wertstoff- und Servicepunkt Nord (Holzweg)
 - 08 Hauptdepot
- Unterschriften des Fahrers und des Wiegepersonals

6.2. Reklamationen

Das übernommene Sammelgemisch des Elektroschrotts, sowie die Direktabholungen der Sammelgruppe 4 an den Wertstoff- und Servicepunkten, ist vom Auftragnehmer unmittelbar bei Übernahme hinsichtlich der Qualität zu prüfen. Störstoffe berechtigen den Auftragnehmer nicht zur Zurückweisung.

Sollten wider Erwarten Störstoffe deutlich über das übliche Maß hinaus enthalten sein, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die Qualität unverzüglich und in Textform (E-Mail) unter Beifügung von Bildmaterial beim Auftraggeber zu reklamieren. Im Falle einer Reklamation ist der Auftragnehmer verpflichtet, die betroffenen Mengen getrennt zu halten und eine Inaugenscheinnahme durch den Auftraggeber zu

ermöglichen. Die Vertragsparteien werden zügig einen einvernehmlichen Lösungsvorschlag zur Regulierung der Reklamation erarbeiten und umsetzen.

6.3. Verwertung

Die sortenreine Direktabholung des SG 4 aus den Wertstoffhöfen, ist vom Auftragnehmer einer schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung zuzuführen.

Der Auftraggeber tritt im Rahmen der Eigenvermarktung in vollem Umfang in die entsprechenden Pflichten der Hersteller gemäß ElektroG ein. Da der Auftragnehmer beauftragter Dritter der Stadt Augsburg für die Leistungen wird, hat dieser die Geräte ordnungsgemäß wieder zu verwenden oder nach § 20 ElektroG zu behandeln und nach § 22 ElektroG zu entsorgen.

Für eine umweltverträgliche Verwertung nötige Aufbereitungsmaßnahmen, wie Sortierung oder Zerkleinerung u. ä., sind in den Leistungen des Auftragnehmers enthalten.

Bestandteile, die kein Elektroschrott sind, sind einer dafür zugelassenen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen. Die einschlägigen Rechtsnormen sind zu beachten.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unaufgefordert nach Auftragserteilung in einer gesonderten Datei (Word/PDF) den gesamten Verwertungsweg unter Benennung des/der Verwertungsverfahren(s) und der Verwertungsanlage(n) darzustellen und die entsprechenden Zertifikate und Genehmigungen vorzulegen. Die Darstellung ist als textliche Beschreibung vorzulegen, der optional ein Fließbild beizufügen ist.

Diese Informationen dienen dem Auftraggeber auch für Presseanfragen z.B. der Augsburger Allgemeinen und Anfragen des Stadtrates sowie Bürgeranfragen. Name(n) und Anschrift(en) der Verwertungsanlage(n) werden gegenüber der Öffentlichkeit nicht preisgegeben. Der Auftragnehmer ist mit der Veröffentlichung der Inhalte der Datei ohne Nennung von Namen und Anschrift der Verwertungsanlage(n) einverstanden.

7. Vertragszeitraum, Kündigung

7.1. Zeitraum

Der Vertrag kommt mit Erteilung des Zuschlags zustande.

Kann der Zuschlag nicht rechtzeitig erteilt werden (etwa im Falle eines Nachprüfungsverfahrens) verschiebt sich der vorgenannte Ausführungszeitraum entsprechend nach hinten. Die gesamte Dauer des Ausführungszeitraums (24 Monate) bleibt davon unberührt.

Das Recht der Vertragsparteien zur Kündigung aus wichtigem Grund (Ziffer 9.2) bleibt unberührt.

7.2. Kündigung

Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann der Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist oder nach Wahl des Kündigungsberechtigten mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten gekündigt werden. Ein solch wichtiger Grund liegt vor, wenn z. B. die für die Durchführung der Leistungen erforderlichen Genehmigungen widerrufen oder zurückgenommen werden oder sonst entfallen.

Der Auftraggeber ist außerdem berechtigt fristlos oder nach seiner Wahl mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten zu kündigen, wenn

- der Auftragnehmer eine Verpflichtung aus diesem Vertrag trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung nicht erfüllt,
- dem Auftragnehmer die Verletzung von wesentlichen behördlichen Auflagen, Genehmigungen oder gesetzlichen Vorschriften oder eine illegale Abfallentsorgung nachgewiesen wird,
- der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen hat und trotz einer unter Androhung der Auftragsentziehung gesetzten Frist, die Leistungen nicht wieder im eigenen Betrieb aufgenommen hat,
- der Auftraggeber aufgrund eines Beschlusses der Gremien der Stadt Augsburg keine Verwertung von Elektroschrott durch Dritte durchführen soll.

Der Auftraggeber ist berechtigt, in diesen und in anderen Fällen der fristlosen Kündigung, die noch nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen. Den hieraus entstehenden Schaden hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Die bis zur Kündigung erbrachten Leistungen werden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet und bezahlt.

8. Dokumentation & Nachweisführung

Der Auftragnehmer hat monatlich bis zum 10. Werktag des Folgemonats einen schriftlichen Mengennachweis vorab per E-Mail über die im Vormonat übernommenen Sammelmengen getrennt nach Kategorien vorzulegen (§ 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. den Sätzen 3 und 4 ElektroG). Die Erstbehandlungsanlage des Auftragnehmers hat zur Kategorie weisenden Berechnung und zum Nachweis

der Verwertungsquoten alle Primärdaten bis zum Verwerter der jeweiligen Bauteile, Materialien und Stoffe gemäß § 26 Abs. 1 Nrn. 2 bis 5 ElektroG in geeigneter Weise zu dokumentieren und am Ende eines Kalenderjahres an den Auftraggeber zu übergeben. Dieser Nachweis ist durch die Erstbehandlungsanlage gemäß § 33 Abs. 1 Satz 4 ElektroG und den Hinweisen im LAGA M 31 Anhang 3 Ziff. 2.2 ff. vorzunehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm erfassten Daten zu den Mengenströmen, welche die Hersteller zur Erfüllung ihrer Pflichten nach § 27 ElektroG benötigen, in den von der ear vorgegebenen Dateiformaten für die Meldung (gem. § 33 Abs. 1 Satz 4 ElektroG), dem Auftraggeber zeitnah und fristgerecht mitzuteilen.

- Mengenaufstellung der übernommenen sortenreinen SG 4 Mengen der Wertstoffhöfe, geschlüsselt nach Wertstoffhof

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber folgende Dokumentationen unaufgefordert, jährlich, zu übergeben:

- Erstellung einer für das gesamte vorangegangene Jahr zusammenfassenden Jahresstatistik mit folgendem Inhalt: monatliche Mengen, Jahresgesamtmenge, Outputmengen mit Nennung der Verwertungsanlagen
- Benennung der Verwertungs- und Beseitigungswege für Anlagenoutput, Störstoffe und sonstige Abfallbestandteile sowie deren anteilige Mengen

Diese Meldungen sind in Schriftform an folgende Adresse zu richten: wertstoffe.aws@augzburg.de.

9. Abtretungsverbot, Aufrechnung

Abtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Der Auftragnehmer ist zur Aufrechnung oder Geltendmachung von Leistungsverweigerungsrechten nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind.